

Skript Gepr. Wirtschaftsfachwirt/-in (IHK) 2018

Teil 1: Wirtschaftsbezogene Qualifikationen

**Schulungsunterlagen
gratis zur Verfügung gestellt und nur für den internen Gebrauch
bestimmt!**

Inhaltsverzeichnis (gemäß Rahmenplan der IHK) Teil 1: Wirtschaftsbezogene Qualifikationen

- 1. Volks- und Betriebswirtschaft**
- 2. Rechnungswesen**
- 3. Recht und Steuern**
- 4. Unternehmensführung**

Teil 2: Handlungsspezifische Qualifikationen (Ergänzungen)

Vorbemerkung:

Das Skript wird im Unterricht mit grafischer Begleitung näher besprochen. Es soll kein Ersatz für Literatur sein, deren Erwerb allerdings für die Klausuren nicht notwendig ist. Grundsätzlich ist das Skript genau auf die Prüfungsvorbereitung ausgerichtet. Ziel des Skriptes ist es, parallel zur Bearbeitung der Aufgaben so kurz wie möglich die typischen Prüfungsinhalte zusammenzufassen. Dabei folgt das Skript Punkt für Punkt dem IHK-Rahmenplan. Es handelt sich um eine Art Merktzettel, den Sie selbst mit der Bearbeitung der Aufgaben und dem Inhalt des Unterrichts an einzelnen Stellen ergänzen sollten. Lesen Sie das Skript bitte langsam und nur abschnittsweise – es soll eine Gedächtnisstütze sein und ist weniger zur durchgehenden Lektüre geeignet als vielmehr zum Nachschlagen.

Viel Erfolg!

1. Volks- und Betriebswirtschaft

Wissenschaftler untersuchen ihr Thema häufig, indem sie mit einer Begriffsdefinition beginnen:

Die Volkswirtschaftslehre (VWL) betrachtet das Wirtschaftsgeschehen aus dem Blickwinkel einer Makro- bzw. Vogelperspektive. Unser Wirtschaftssystem ist die soziale Marktwirtschaft und das Unternehmen das zentrale Element dieses Wirtschaftssystems: Statt einzelne bestimmte Unternehmen in ihrer jeweiligen Branche zu analysieren, untersucht der Volkswirt das *typische* Unternehmen oder fasst sie alle zu einem gesamten Unternehmenssektor zusammen. Den Unternehmenssektor grenzt er dann ab von den Privaten Haushalten, dem Staat, dem Ausland und den Kapitalsammelstellen (vgl. später das Modell des Wirtschaftskreislaufes). Das Ziel der Unternehmen ist im Modell der Marktwirtschaft die langfristige Gewinnmaximierung (siehe auch *shareholder value* = die Steigerung des Unternehmenswertes) *oder* nach einer anderen Sichtweise die Sicherung der eigenen Existenzfähigkeit in einer komplexen Umwelt (*stakeholder value* = Berücksichtigung der verschiedenen Interessengruppen an einem Unternehmen; außer den Kapitaleignern sind das die Arbeitnehmer, die Kommune, der Staat als Dienstleister usw.).

Die Betriebswirtschaftslehre (BWL) untersucht demgegenüber die einzelnen Funktionen in einem Unternehmen und seine konkreten Rahmenbedingungen. Das ist der Schwerpunkt der IHK-Fortbildungsprüfungen und umfasst bei den betrieblichen Funktionen z.B. das Rechnungswesen mit dem Controlling und bei den Rahmenbedingungen das Wirtschaftsrecht. Natürlich ist das Interesse des Kaufmanns in erster Linie auf die BWL gerichtet. In angelsächsischen Ländern wird die Zweiteilung der Ökonomie in VWL und BWL als eher künstlich angesehen. In den USA und in Großbritannien spricht man bei den *Economics* für gewöhnlich von beiden Bereichen, wobei sich der Wissenschaftler eher mit der VWL und der Praktiker eher mit der BWL befasst.

Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft. Der Markt ist der Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens. Hier treffen Angebot und Nachfrage zum Tausch der wirtschaftlichen Güter aufeinander. Durch die Rahmenbedingung des Wettbewerbs sind die Anbieter zu einem ständigen wirtschaftlichen Fortschritt gezwungen, der sich in Form von Innovationen, Prämien bei Leistung und auch dem Ausscheiden veralteter Angebote äußert. Veraltet ist ein Angebot auf dem Markt immer dann, wenn es im Wettbewerb um die Nachfrage der Kunden zunehmend an Marktanteilen verliert. Das zentrale Signal, das diesen Wettbewerb reguliert, ist dem Grundmodell des Marktes zufolge der Preis.

Die BWL nimmt solche Rahmenbedingungen als gegeben an und untersucht das Wirtschaftsgeschehen stattdessen aus einer Mikro- bzw. Froschperspektive heraus: der Betriebswirt untersucht zum Beispiel betriebliche Teilfunktionen wie den Einkauf; oder auch die Produktion, den Absatz, die Finanzierung, das Rechnungswesen. Die BWL erscheint dabei vielfach als eine Art von Begriffslehre, in der die allgemein als gültig anerkannten Standards des betrieblichen Handelns definiert und weitergegeben werden. Es sollen hierdurch klare Vorstellungen über allgemein typische Inhalte des betrieblichen Geschehens entstehen. Ein eng mit der BWL verbundener Begriff ist das Management:

Management (lat.: *manus agere*, an der Hand führen; engl.: *to manage*, verwalten) ist die Leitung der betrieblichen Abläufe unter dem gezielten Einsatz von ausführendem Personal. Konkret handelt es sich vor allem um Aufgaben der Personalführung, der Betriebsorganisation, des Marketing und allgemein um die grundlegenden unternehmerischen Entscheidungen wie langfristige Investitionen ins Anlagevermögen, Wahl des Standorts, der Rechtsform und der Geschäftsfelder.

Als Grundlagen der VWL behandeln unterschiedliche Lehrbücher regelmäßig grundlegende Vorstellungen über die Marktwirtschaft und das wirtschaftliche Handeln. Hier eine Zusammenstellung zentraler Begriffe und Lehrsätze, die keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann:

Wirtschaften / Ökonomie bedeutet, dass die Unternehmen und privaten Haushalte sparsam und effizient ihre vorhandenen Ressourcen zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Ziele einsetzen. Es ist die grundlegende Tatsache jeder Volkswirtschaft, dass den begrenzten Ressourcen immer potentiell unendlich viele Bedürfnisse der Menschen gegenüberstehen. In ihrer Masse haben die Menschen also mehr materielle Wünsche als Güter vorhanden sind. Das ist die Grundlage der Preisbildung (je begehrt und knapper das Gut ist, desto teurer wird es!). Ein unbegrenzt verfügbares Gut wie die Luft bildet keinen Preis.

– Eine Grundlage hierfür ist das *B e d ü r f n i s*: Gefühl eines Mangels => ausgestattet mit Kaufkraft wird es zum *B e d a r f* => und am Markt schließlich zur tatsächlichen *N a c h f r a g e*. Derlei Grundlagen sind keineswegs trivial. Moderne Unternehmensführung zum Beispiel bedeutet immer marktorientierte Unternehmensführung. Wer die Veränderungen der Nachfrage auf Dauer ausblendet, geht am Markt unter.

– Der Markt ist der Ort des Tausches und die arbeitsteilige Produktion mit anschließendem Tausch ist eine Grundidee zur Entwicklung von Wohlstand. Kein Individuum ist in der Lage, alle benötigten Güter alleine herzustellen. Es spart unendlich viel Zeit und führt zu sehr viel besseren Ergebnissen, wenn die Individuen sich auf bestimmte wirtschaftliche Leistungen spezialisieren und die Güter untereinander tauschen. Das ist zugleich die Grundlage des Welthandels und des Gütertausches zwischen den Nationen. Jede Nation profitiert davon, sich auf die Güter mit dem größten Produktivitätsvorteil gegenüber der Konkurrenz zu spezialisieren und die anderen Güter im Tausch zu erwerben, selbst wenn sie auch die im Tausch erworbenen Güter produktiver herstellen könnte (Gesetz der komparativen Kosten, David Ricardo).

– Der Preis gibt bei einem freien Spiel von Angebot und Nachfrage die Knappheitsrelationen der Güter wieder und ist die zentrale Information der Teilnehmer auf dem Markt. Der Markt selbst ist einfach der Ort des Gütertausches, an dem sich Angebot und Nachfrage begegnen.

– Zu den knappen Ressourcen gehört insbesondere die Zeit. Das ist die Grundlage der Opportunitätskosten, die aus entgangenen Gelegenheiten auf Grund von begrenzt verfügbarer Zeit und begrenzt verfügbarem Kapital entstehen. Während ich einem Hobby in meiner Freizeit nachgehe, verzichte ich auf die Möglichkeit zur gleichen Zeit Geld zu verdienen (und umgekehrt). Wirtschaftliche Entscheidungen gewinnen an Rationalität, wenn sie unter Berücksichtigung der Opportunitätskosten und der Grenzkosten getroffen werden. Das ist auch die Grundlage einer alten kaufmännischen Regel: wirf dem schlechten Geld kein gutes hinterher! Fehlinvestitionen sollte man abschreiben und die neuen Investitionen in lohnendere Alternativen stecken.

- Wichtige Beispiele für die Bedeutung von Opportunitäts- und Grenzkosten in der VWL lauten: die kurzfristige Wahl zwischen Inflation und Vollbeschäftigung gemäß der Phillipskurve; die Verteilung staatlicher Ausgaben nach dem Prinzip "Butter statt Kanonen!"; die Wahl zwischen alternativen Gütern auf einer Indifferenzkurve.
- *Ökonomisches Prinzip bzw. Wirtschaftlichkeitsprinzip*: zu einem effizienten Einsatz der knappen Ressourcen gelangen die Wirtschaftssubjekte, indem sie dem Ziel der Nutzenmaximierung (Haushalte) bzw. der langfristigen Gewinnmaximierung (Unternehmen) folgen. Unter dem Strich führt der Egoismus der Individuen dann häufig zu mehr Wohlstand für alle (das ist die "unsichtbare Hand" in Adam Smith "Wealth of Nations", 1776). Für das ökonomische Prinzip gibt es in der Realität drei Wege: Minimum-, Maximum- und Optimumprinzip.
 - Das *Minimumprinzip* bedeutet, dass ein gegebenes Ziel mit dem geringstmöglichen Aufwand erreicht wird (Kostenminimierung). Das entspricht der Marktsituation vieler Kleinunternehmen, die ihren Gewinn bei weitgehend vorgegebenem Umsatz am Markt nur über Sparsamkeit steigern können. Bei Kleinunternehmern ist das auch als Phänomen der „Selbstausschöpfung“ bekannt.
 - Das *Maximumprinzip* will den größtmöglichen Ertrag und nimmt hierfür die notwendigen Kosten in Kauf (z.B. erweitern Großunternehmen ihren Absatz konsequent durch die Markterweiterung ins Ausland). Die Globalisierung wird nicht zuletzt durch den Drang großer Unternehmen nach ständiger Markterweiterung ins Ausland vorangetrieben.
 - Das Optimum- oder auch *Extremumprinzip* versucht, ein Gleichgewicht aus Kostenminimierung und Umsatzmaximierung herzustellen (in der Praxis lässt sich z.B. folgende Kombination häufig antreffen: Großunternehmen sparen an den Personalkosten etwa in Form von Outsourcing, Zeitverträgen, Honorarkräften; gleichzeitig, nicht aber an den Kosten für das Marketing zwecks Umsatzsteigerung).
- *Produktionsfaktoren*: in der VWL lauten sie Arbeit, Boden und Kapital, aus denen die Wirtschaftssubjekte als ihren Ertrag Lohn, Grundrente und Zinsen beziehen. Der wirtschaftende Mensch setzt die Produktionsfaktoren also zu seinem eigenen Nutzen ein. Durch die gezielte Kombination von Produktionsfaktoren werden die Güter (Waren und Dienstleistungen) erzeugt; in der BWL werden die Produktionsfaktoren hingegen in elementare und dispositive Faktoren unterschieden. Es wird dadurch die ausführende Arbeit von der leitenden Tätigkeit (Management) unterschieden.
- *Marktwirtschaft*: die zentralen Entscheidungen über die Verteilung der Ressourcen treffen hier die Privaten Haushalte und die Unternehmen eigenständig am Markt. In einer *sozialen* Marktwirtschaft greift der Staat hingegen vielfach in das Marktgeschehen ein, denn gelegentlich kann der Staat das Marktgeschehen verbessern. So kann der Gesetzgeber zum Beispiel einen funktionierenden Wettbewerb garantieren (vgl. Kartellaufsicht), die Vertragserfüllung durch die Rechtsordnung garantieren (das ist der Kern des BGB) und für eine Einkommensumverteilung von oben nach unten zwecks Lösung/Linderung der sozialen Frage sorgen (Entstehung des Sozialstaates im 19. Jahrhundert). Zugleich bedeuten Sozialeinkommen eine direkte Steigerung des Konsums und damit wieder Wirtschaftswachstum für alle.

Nach diesen einführenden Grundbegriffen leitet der Rahmenplan zu den zentralen Prüfungsthemen der VWL über:

Preisbildung auf den Märkten

Von einer großen Bedeutung für die Wirtschaftstheorie und die Wirtschaftspolitik ist die Modellvorstellung eines Gleichgewichtspreises, der sich bei vollkommenem Wettbewerb am Markt durch das freie Spiel der Kräfte zwischen Angebot und Nachfrage bildet. Hierzu das Preis/Mengen-Diagramm:

(bitte einzeichnen: Preis-/Mengen-Diagramm)



Die Steigung der Angebots- und der Nachfragekurve wird als „Elastizität“ bezeichnet. Die Preiselastizität eines Gutes A errechnet sich als

prozentuale Veränderung der Menge von Gut A/ prozentuale Veränderung des Preises von Gut A

Die Elastizität bezeichnet, wie stark die Menge auf Preisveränderungen am Markt reagiert. Sie kann sich sowohl auf die nachgefragte Menge (Nachfrage-Elastizität) als auch auf die angebotene Menge (Angebots-Elastizität) beziehen. Ebenso gibt es eine Kreuz-Preis-Elastizität, die angibt, wie stark die Menge von Gut A auf Preisänderungen von Gut B reagiert – bezogen insbesondere auf Substitutionsgüter wie z.B. Butter und Margarine: steigt der Preis für Butter um 50 % und wächst die nachgefragte Menge von Margarine um 100 %, beträgt die Kreuzpreiselastizität 2 (stark elastisch).

In der Realität sind die Märkte allerdings nicht vollkommen. Als ein „idealer

Markt“ gilt am ehesten noch die Aktienbörse. In kürzester Zeit führen hier Informationen zu grundlegenden Kursveränderungen, wobei immer viele Anbieter und viele Nachfrager ihre Kauf- und Verkaufsaufträge am Markt platzieren und die Börsenmakler die entsprechenden Kurse ermitteln. Mit Rationalität lässt sich selbst das Börsengeschehen immer weniger erklären: Die Kurse schwanken aufgrund undurchsichtiger spekulativer Entwicklungen oft unabhängig von unternehmerischen Daten und volkswirtschaftlichen Entwicklungen.

Wichtige Ursachen für den unvollkommenen Wettbewerb in der Realität sind:

- (1.) mangelnde Transparenz des Angebots
- (2.) keine unendlich schnellen Reaktionen der Nachfrager
- (3.) subjektive (irrationale) Präferenzen der Nachfrager
- (4.) kein polypolistischer Wettbewerb (viele Anbieter und viele Nachfrager)

Eine Angebots- oder Nachfragekurve verschiebt sich, wenn sich die angebotene bzw. nachgefragte Menge am Markt verändert. Möglichkeiten für die Erhöhung der nachgefragten Menge (Rechtsverschiebung der Kurve!) sind z.B. steigende Einkommen; Preiserhöhungen von Substitutionsgütern; wachsende Beliebtheit des Gutes bei den Nachfragern. Ändert sich der Preis des Gutes, verschiebt sich die Kurve nicht. Stattdessen wandert die Menge dann einfach auf der Kurve hoch (Preiserhöhung) oder hinunter (Preisverringerung).

Der Gleichgewichtspreis schafft folglich einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Der Markt wird geräumt, was auch unter der „*Ausgleichsfunktion*“ des Preises bekannt ist. Die Funktionen des Preises sind zugleich die Funktionen des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft. Unter den Bedingungen des vollkommenen Wettbewerbes erfüllt der Preis ideal seine Funktionen als „unsichtbare Hand“ (Adam Smith) auf dem Markt:

Signalfunktion. Der Preis spiegelt dabei auf der Seite der Nachfrager die Begehrtheit der Güter im Verhältnis zu ihren verfügbaren Mengen wieder (Knappheitsrelation).

Lenkungsfunktion. Auf Seite der Anbieter lenkt der Preis die Ressourcen in die Kassen jener Unternehmer, die den Preis akzeptieren können (auch „*Allokationsfunktion*“ genannt). Sie können investieren und werden auf Dauer den Markt mit den entsprechenden Gütern zum Gleichgewichtspreis versorgen.

Motivationsfunktion. Der Geldstrom von den Nachfragern zu den Anbietern schafft daher einen ständigen Leistungsanreiz für die Anbieter, um den Gleichgewichtspreis erfüllen zu können.

Auslesefunktion. Nur Nachfrager und Anbieter, die den Gleichgewichtspreis in seiner Höhe akzeptieren, kommen auf Dauer überhaupt noch zum Zuge. Alle anderen Marktteilnehmer scheiden aus.

Marktformen

Im allgemeinen sind Märkte in Deutschland oligopolistisch strukturiert. In der Theorie gibt es neun verschiedene Formen von Märkten:

Marktformen

		NACHFRAGER		
		<i>einer</i>	<i>wenige</i>	<i>viele</i>
AN- BIETER	<i>einer</i>	Bilaterales Monopol	Beschränktes Angebotsmonopol	Angebotsmonopol
	<i>wenige</i>	Beschränktes Nachfragemonopol	Bilaterales Oligopol	Angebotsoligopol
	<i>viele</i>	Nachfragemonopol	Nachfrageoligopol (Oligopson)	Polypol

Die Marktform beeinflusst im Modell vor allem das Preisverhalten der Anbieter. Bei einem *Polypol* haben die Anbieter keine Möglichkeit der Preissetzung. Sie sind Mengen- und Preisanpasser entsprechend der Lage der Angebots- und Nachfragekurven und des sich daraus ergebenden Gleichgewichtspreises. Bei einem *Oligopol* orientieren sich die Anbieter hingegen an der Preissetzung des Marktführers (Preiswettbewerb) oder schließen sich zu einem Kartell zusammen (verbotene Wettbewerbsbeschränkung nach dem GWB!).

Im *Monopol* wiederum verknappt der Angebotsmonopolist die angebotene Menge entsprechend seiner Preis-Absatz-Funktion (Nachfragekurve). Er verkauft dann genau die Menge, bei der er seinen größten Gewinn erzielt. Dieses Gewinnmaximum entspricht nicht dem Umsatzmaximum, sondern liegt genau in dem Punkt, wo der Grenzertrag gleich den Grenzkosten ist. Diese Preis-/Mengen-Relation heißt nach seinem Entdecker der *Cournotsche Punkt*. Die Preissetzungsmacht des Monopolisten stößt allerdings an Grenzen, sobald die Nachfrager auf Substitutionsgüter umsteigen können.

Geldfunktionen

Der Preis ist der Wert eines Gutes in Geld. Je knapper und begehrt ein Gut ist, desto stärker steigt sein Preis. Für die Entstehungsgeschichte des Geldes (das bereits im Altertum in Form von Münzen existierte) gibt es verschiedene Theorien. Unabhängig von den Entstehungstheorien sind aber in jeder Volkswirtschaft die Funktionen des Geldes wirksam und erklären die zentrale Bedeutung des Geldes im Wirtschaftskreislauf: Durch die Einführung von Geld werden fundamentale Probleme jeder Naturaltauschwirtschaft gelöst. Auf einem Basar, auf dem die Händler Ware gegen Ware tauschen, entstehen vier grundlegende *Probleme des Tausches* für die Marktteilnehmer:



Informationsproblem: wer hat das, was ich brauche?

Gepr. Wirtschaftsfachwirt/in (IHK) 2018
Skript Dr. Hennes: VWL (Auszug)

Lagerproblem: zum Teil schwere, unhandliche Gegenstände
Transportproblem: dto.
Bewertungsproblem: in welcher Wertrelation stehen die Güter zueinander?

Das Geld löst über die Preisbildung diese Probleme schnell und für jeden leicht nachvollziehbar. Der Preis wird zur zentralen Information auf dem Markt, das Geld verfügt über vier *Geldfunktionen* als

- => Tauschmittel
- => Wertübertragungsmittel
- => Wertmesser
- => und Wertaufbewahrungsmittel.

Werden die Geldfunktionen außer Kraft gesetzt, entwickelt sich eine Wirtschaftskrise! Gegenwärtig schwebt über der Europäischen Währungsunion die Drohung einer Deflation. Die EZB überschwemmt die Märkte mit Liquidität, um eine Deflation zu verhindern.

Allgemein bekannt ist das Phänomen der Hyperinflation. Geld verliert hier rapide an Wert. *Inflation* bedeutet in der einfachen Form, dass die Geldmenge stärker steigt als die Gütermenge. Eine solche Kaufkraftentwertung kann viele Ursachen haben: steigende Importpreise; steigende Nachfrage; Staatsverschuldung; Preissetzungsmacht großer Unternehmen usw. Den Wert des Geldes erklärt die Quantitätstheorie als das sich ständig verändernde Verhältnis von Geldmenge und Gütermenge in einer Volkswirtschaft, wobei die Geldmenge mit der Umlaufgeschwindigkeit und die Gütermenge mit dem Preisindex gewichtet werden:

Geldmenge x Umlaufgeschwindigkeit = Gütermenge x Preisniveau
(Fishersche Quantitätsgleichung)

(bitte einzeichnen: Geld-und Güterberg)



Über den Schaden oder Nutzen, den eine leicht steigende Inflation haben kann,

gibt es unterschiedliche Auffassungen. Eines jedoch ist unbestritten: es gibt immer ein ungesundes Ausmaß an Inflation. Eine galoppierende Inflation stürzt jede moderne Volkswirtschaft in eine Wirtschaftskrise, weil sie die Wirkung der Geldfunktionen am Markt aufhebt. Das Ergebnis ist eine schwere Wirtschaftskrise, wie dies z.B. die beiden Hyperinflationen nach den Weltkriegen in Deutschland gezeigt haben.

Beispiel: Die Hyperinflation von 1923

Im Sommer 1923 druckten 50 Großdruckereien in Tag- und Nachtschichten Geld. Der Nennwert der Banknoten stieg ständig. Millionen-Mark-Geldscheine wurden schon bald durch Banknoten in Milliarden- und Billionenhöhe abgelöst. Oft wurden Geldscheine (z.B. 1.000 Mark) einfach mit einem höheren Wert (z.B. 1 Milliarde Mark) überdruckt. Die Zeitungen veröffentlichten täglich die aktuellen Preise, die oft schon am Abend wieder überholt waren. Der Berliner Lokalanzeiger vom 4. November 1923 meldete beispielsweise, dass die Post die Gebühren für ein Ortsgespräch am nächsten Tag von 1,5 auf 7,5 Milliarden Mark erhöhen werde. Für einen Liter Milch mussten am gleichen Tag 20 Milliarden Mark gezahlt werden.

Die Gegenwart wird eher vom Phänomen einer heraufziehenden Deflation geprägt. Zumindest vermitteln die Messungen der Inflationsrate in der Europäischen Union dieses Bild. Mangelnde Investitionen, gedämpfter Konsum und sinkende Mineralölpreise führen zu einem fast völlig stabilen Preisniveau. Im Jahr 2013 betrug die durchschnittliche Inflationsrate in der Bundesrepublik nach Messungen des Statistischen Bundesamtes lediglich 1,3 Prozent, 2014 nur noch 0,9 Prozent. 2015 näherte sich die Inflationsrate auf Grund der sinkenden Energiepreise weiter der Null-Prozent-Marke, deren Unterschreiten Deflation bedeutet.

Gemessen wird die Inflationsrate durch das Statistische Bundesamt mittels eines Warenkorb, der entsprechend der Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung ständig angepasst wird. Monatlich schwärmen Mitarbeiter der Statistischen Landesämter hierfür im gesamten Bundesgebiet aus und beobachten die Veränderungen von rund 300.000 Einzelpreisen einschließlich der Veränderung von Preis-Mengen-Relationen. Die Inflationsrate ergibt sich aus der Veränderung des Verbraucherpreisindex, der die Veränderungen der Durchschnittspreise des Warenkorb bezogen auf ein jeweiliges Basisjahr darstellt (zuletzt 2010, wird umgestellt auf das neue Basisjahr 2015). In der Eurozone wird aus den nationalen Inflationsraten dann der Harmonisierte Verbraucherpreisindex als Durchschnittswert der 18 Euro-Staaten gebildet. Die Abweichungen der Inflationsrate der Eurozone zur deutschen Inflationsrate ist nur geringfügig.

Aktuell liegt die Inflationsrate in Deutschland und in der Eurozone bei knapp zwei Prozent. Das Geldmengenziel der EZB liegt bei zwei Prozent. Eine Deflation führt wie die Hyperinflation zu einer schweren Wirtschaftskrise. In der Deflation senken die Unternehmen wegen mangelnder Nachfrage immer weiter ihre Preise und die Nachfrager fahren ihre Ausgaben immer weiter zurück, weil sie auf weiter sinkende Preise spekulieren. Das Ergebnis sind fortlaufende Einnahmefälle und eine Schrumpfung der Volkswirtschaft.

Wettbewerbspolitik

Ein funktionierender Wettbewerb ist der Motor der Marktwirtschaft und sorgt für ständiges Wachstum der Volkswirtschaft. Funktionen des Wettbewerbs sind:

- Leistungsanreize für die Unternehmen (Anreizfunktion)
- Notwendigkeit zu ständiger Innovation und Modernisierung durch den Wettbewerbsdruck (Innovationsfunktion)
- Preisdruck zugunsten des Verbrauchers
- schlechte bzw. veraltete Angebote scheiden vom Markt aus (Selektionsfunktion)
- eine sparsame Verwendung der knappen Ressourcen (Allokationsfunktion) wird erreicht => das ist der zentrale Gedanke und das Ergebnis in der Summe: alle Produktionsfaktoren werden an den Ort ihrer optimalen Verwendung gelenkt (Lenkungsfunktion).

Die zentrale Information der Nachfrager und Anbieter für den Wettbewerb auf den Märkten ist die Preisbildung (vgl. weiter oben das Preis-Mengen-Diagramm). Der Preismechanismus bringt Angebot und Nachfrage zum Ausgleich, gibt die Knappheit der Güter wider und lenkt die Ressourcen an den Ort ihrer optimalen Verwendung. Der Klassiker des Liberalismus, der schottische Moralphilosoph *Adam Smith*, bezeichnete den Preismechanismus deshalb als die „unsichtbare Hand“ des Kapitalismus, mit der das Gewinnstreben des Einzelnen in einen Vorteil für die Allgemeinheit gewendet werde.

Tatsächlich wurde die Marktwirtschaft trotz gravierender gesellschaftlicher Probleme (insbesondere die „soziale Frage“ in der industriellen Revolution; heute nicht zuletzt die Umweltverschmutzung, die der Volkswirt auch als „externe Kosten“ zusammenfasst) zum erfolgreichsten Wirtschaftssystem in der Geschichte der Menschheit. Unser Wohlstand in der westlichen Welt ist das Ergebnis einer funktionierenden Marktwirtschaft, während drei Viertel der Menschheit in Armut lebt. Rund ein Fünftel der Menschheit lebt laut UNO von weniger als zwei Dollar am Tag!

Die zentrale Bedeutung des funktionierenden Wettbewerbs für unseren Wohlstand hat dazu geführt, dass die staatliche Ordnung den Wettbewerb auf den Märkten schützt. Die wichtigsten staatlichen Instrumente der Wettbewerbspolitik finden sich auch unter den Gesetzestexten für den Bereich 3 „Recht und Steuern“:

- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)

Typisch für das System der sozialen Marktwirtschaft ist allerdings, dass der Staat in den Wettbewerb eingreift, um die Probleme der Marktwirtschaft zu regulieren. Zur zentralen Aufgabe des Wohlfahrtsstaates wurde seit der industriellen Revolution die Lösung der sozialen Frage durch eine Umverteilung von Oben nach Unten. Zu den Aufgaben der sozialen Marktwirtschaft gehört es aber auch, das Funktionieren des Wettbewerbs zu garantieren. In der Regel versucht der Staat dabei seine Eingriffe marktkonform durchzuführen:

Wenn der Staat in einer gelenkten (sozialen) Marktwirtschaft in den Wettbewerb eingreift, kann das *m a r k t k o n f o r m* (ohne Eingriff in die Preisbildung) oder *m a r k t k o n t r ä r* (mit Eingriff in die Preisbildung) geschehen. Marktkonträre Eingriffe stören den Preismechanismus, der die lenkende Kraft des Wettbewerbs ist. Direkte Eingriffe des Staates in die Preisbildung sind

- die Setzung eines Mindestpreises, den die Nachfrager mindestens zahlen müssen (liegt über dem Gleichgewichtspreis und subventioniert dadurch die Anbieter), z.B. in der Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft zur Existenzsicherung des bäuerlichen Mittelstandes;
- die Setzung eines Höchstpreises, den die Anbieter höchstens verlangen dürfen (liegt unter dem Mindestpreis und dient einer gesicherten Grundversorgung der Nachfrager), möglich auch in Form eines Preisstopps; z.B. durch die Ausgabe von Lebensmittelmarken nach dem Zweiten Weltkrieg.

Bei indirekten Eingriffen in den Wettbewerb manipuliert der Staat nicht den Preis, sondern versucht lediglich das Verhalten der Marktteilnehmer zu beeinflussen. Typische Beispiele hierfür sind Einfuhrzölle und -kontingente; Subventionen; staatliche Vorratsbildung z.B. beim Erdöl; Steueranreize zur Förderung des Solarstromes. Nach Ansicht der Liberalisten sind Eingriffe in den Wettbewerb immer schädlich für die volkswirtschaftliche Entwicklung, weil sie die Preise und den Wettbewerb verzerren. Nach Ansicht der meisten Ökonomen schaden nur die marktkonträren Eingriffe in die Preisbildung, weil sie Schwarzmärkte erzeugen und zu Verschwendung von Ressourcen führen.

bitte einzeichnen:

Einfacher Wirtschaftskreislauf: Zwei-Sektoren-Volkswirtschaft



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Wirtschaftliche Analysen und Entscheidungen sind rational nur auf der

Gepr. Wirtschaftsfachwirt/in (IHK) 2018
Skript Dr. Hennes: VWL (Auszug)

Grundlage von statistischen Daten möglich. Moderne Staaten haben daher ein System der Wirtschaftsstatistik aufgebaut und zunehmend international vereinheitlicht, das in Deutschland durch das Statistische Bundesamt und die Landesämter für Statistik verwaltet wird.

Die Hauptaufgaben der Wirtschaftsstatistik sind die Beobachtung der Inflation (Preisindex) und die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (statistische Messung des Umfanges der Stromgrößen im Wirtschaftskreislauf zur Ermittlung des Bruttoinlandsproduktes und seiner Verteilung auf die Unternehmen sowie auf die Haushalte).

Kern und Motor jeder Marktwirtschaft ist der Markt, auf dem die Unternehmen und privaten Haushalte aufeinander treffen. Eben das stellt der einfache Wirtschaftskreislauf dar: den Austausch von Geld- und Güterströmen in einem Zwei-Sektoren-Kreislauf zwischen den Unternehmen und den privaten Haushalten. Das Gesamtmodell einer gegenüber dem Ausland offenen Volkswirtschaft ist das Fünf-Sektoren-Modell, das gegenüber dem Zwei-Sektoren-Modell zusätzliche Geld- und Güterströme zwischen den Sektoren Staat (öffentliche Haushalte incl. Sozialversicherungen), Vermögensänderungskonto (Kapitalsammelstellen Banken, Versicherungen und Bausparkassen; manchmal kurz als „Banken“ bezeichnet) sowie dem Sektor Ausland (Außenbeitrag: Export minus Import) beinhaltet. Die Messung der Stromgrößen zwischen den fünf Sektoren ist die Aufgabe der VGR.

Nun wird es leider sehr technisch! Das Bruttoinlandsprodukt ist der zentrale Wertmesser des Wohlstandes in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als die Summe der im Inland (sprich: in Deutschland) erzeugten Waren und Dienstleistungen (=Entstehungsrechnung);

das BIP nach der Entstehungsrechnung entspricht in der Summe der im Inland verbrauchten Waren und Dienstleistungen (=Verwendungsrechnung); immer bezogen auf eine Wirtschaftsperiode (Jahr; Quartal; Monat).

Mit der Veränderung des BIP wird das Wirtschaftswachstum gemessen, also die Konjunktur. Beinahe identisch mit dem BIP ist das Bruttonationaleinkommen (früher „Bruttosozialprodukt“ genannt): Es ist die Summe der von Inländern (sprich: deutschen Staatsbürgern) erzeugten Waren und Dienstleistungen. Die Differenz zwischen den beiden Werten (BIP minus BNE) ist der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausländern.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2015
(in Mrd. €)

Entstehungsrechnung	
Bruttowertschöpfung	2.723
+ Gütersteuern	
- Gütersubventionen	
=Bruttoinlandsprodukt	3.026
Verwendungsrechnung	
privater Konsum	1.633

Gepr. Wirtschaftsfachwirt/in (IHK) 2018
Skript Dr. Hennes: VWL (Auszug)

+Staatsausgaben	587
+Investitionen (brutto)	606
+/- Vorratsveränderungen	- 36
=Inländische Verwendung	2.790
+Export	
-Import (Außenbeitrag)	236
=BIP	3.026
+/- Saldo der Vermögens-/Erwerbseinkommen zwischen In- und Ausländern	66
=Bruttonationaleinkommen	3.092

Verteilungsrechnung

BNE

-Abschreibungen	
-Produktions-/Importabgaben	
+ Subventionen	
=Volkseinkommen	2.261
-Unternehmens-/Vermögenseinkommen	718
=Arbeitnehmerentgelt	1.543

Quelle: destatis.de

Das BIP ist das wichtigste statistische Wohlstandsmaß in einer Volkswirtschaft. Deshalb wird seit langem eine Diskussion darüber geführt, wie aussagekräftig dieser Wohlstandsindikator eigentlich ist. Denn das BIP

- erfasst bedeutende Gratisleistungen wie die Arbeit der Hausfrauen überhaupt nicht
- bewertet staatliche Dienstleistungen wie die Polizeiarbeit mit ihren Entstehungskosten (je mehr Polizei, desto mehr Kosten; aber deshalb auch mehr Wohlstand?)
- rechnet Schadenszahlungen (z.B. Versicherungsleistungen) ebenso als Wohlstandssteigerungen ein wie umweltschädliche Umsätze (z.B. vermehrter Energieverbrauch)
- erfasst Schwarz- bzw. Graumarktgeschäfte nur über Schätzungen (z.B. nicht versteuerte Umsätze in der Gastronomie).

Trotz dieser Schwachstellen stellt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach wie vor die bedeutendste Datensammlung für die Wirtschaftspolitik der Staaten bereit.

Wie entstehen die Zahlen? Das Statistische Bundesamt wertet für die Entstehung des BIP vor allem die Branchenstatistiken aus, die von den Unternehmensverbänden geführt werden (Umsätze der Unternehmen in einer Branche minus deren Vorleistungen für den Einkauf der Produktionsfaktoren tragen die Statistiker auf Produktionskonten der Unternehmen zusammen, die sie

1 BNE = BIP +/- Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausländern.

dann als Produktionskonten der einzelnen Branchen zusammenfassen und für die ganze Volkswirtschaft addieren). Abweichungen der Zahlen zwischen Absatz und Verbrauch nähern die Statistikämter unter Verwendung von Schätzungen in der Entstehungs- und *V e r w e n d u n g s r e c h n u n g* (Input-/Output-Rechnung) einander an. Das Ergebnis des komplizierten Zahlenwerkes ist die Ermittlung von Bruttoinlandsprodukt und Volkseinkommen.

Aus dem Bruttonationaleinkommen

(vermindert um Abschreibungen, Produktions- und Importabgaben; erhöht um die Subventionen)

wird das Volkseinkommen ermittelt. Damit ist die dritte Rechenart der VGR erreicht, die *V e r t e i l u n g s r e c h n u n g*. Das Volkseinkommen ist die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aller Inländer (deutschen Staatsbürger). Es stellt in seiner Aufteilung als Lohnquote (Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen) und Gewinnquote (Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen) die Verteilung des *Primäreinkommens* in der deutschen Bevölkerung dar. Das Primäreinkommen der privaten Haushalte entspricht ihren Bruttoeinnahmen. Das Volkseinkommen teilt sich in die Einkünfte aus Arbeitnehmertätigkeit (Lohnquote) und in das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Gewinnquote) auf. Eine sinkende Lohnquote (zur Zeit liegt sie bei rund 65 % des Volkseinkommens) könnte demnach eine schleichende Verarmung der arbeitenden Bevölkerung anzeigen. Doch auf Grund der zusätzlichen massiven Einkommensumverteilung durch den Sozialstaat gibt erst das *Sekundäreinkommen* die tatsächliche Einkommenssituation in der Bevölkerung wieder. Das Sekundäreinkommen ist das Einkommen nach Abzug der direkten Steuern/Sozialabgaben und Zuteilung der Transferzahlungen an die Haushalte und Unternehmen (Sozialleistungen). Es ist zugleich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

Vermutlich ist es zu einfach, auf Grund der Lohnquote von einer schleichenden Verarmung der arbeitenden Bevölkerung auszugehen. Hierzu müsste man das verfügbare Einkommen (Sekundäreinkommen) betrachten und auch besondere statistische Effekte wie die wachsende Zahl an Selbstständigen und das steigende Vermögenseinkommen von Arbeitnehmerhaushalten beachten. All das zeigt, wie kompliziert genaue Schlussfolgerungen auf Grundlage der VGR sein können.

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2014 zeigt, dass das Einkommensgefälle ab Mitte der 90er Jahre auch innerhalb der deutschen Arbeitnehmerschaft deutlich angewachsen ist. Geringer qualifizierte Tätigkeiten im unteren Fünftel der Einkommenspyramide verfügen über ein negatives Realwachstum, während sich das obere Fünftel der Arbeitnehmerinkommen durch einen hohen Einkommenszuwachs auszeichnet.² Als wesentliche Ursachen hierfür haben die Forscher das wachsende Ausscheiden von deutschen Unternehmen aus der Tarifbindung ermittelt sowie eine Abhängigkeit des Arbeitnehmerinkommens von der Globalisierung. Stark wachsende Arbeitnehmerinkommen zeigen vor allem Unternehmen bzw. Branchen mit hoher Export- und Importabhängigkeit.³

2 Vgl. Bertelsmann-Stiftung, Wachsende Lohnungleichheit in Deutschland, Global Economic Dynamics. Studie in Zusammenarbeit mit dem Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gütersloh 2014.

3 Ebd., S. 26-39.

Konjunktur und Wirtschaftswachstum

Seit Jahrhunderten wird weltweit das Phänomen des ständigen Auf und Ab der wirtschaftlichen Entwicklung beobachtet, doch erst seit der Großen Depression von 1929 bis 1933 als ein bedeutendes Problem der Wirtschaftspolitik betrachtet. Die Wachstumsraten des BIP unterliegen zyklischen Schwankungen (Konjunktur), die im Modell des kurzfristigen Zyklus⁴ in vier P h a s e n aufgeteilt werden: Aufschwung, Boom (Hochkonjunktur), Abschwung (Rezession) und Talsohle (Depression). In der Realität schwanken die Konjunkturphasen häufig zwischen Auf- und Abschwung von Quartal zu uartal hin und her (double-dip recession). Das klassische vierphasige Modell des Konjunkturzyklus mit einer Zyklusdauer von vier bis sieben Jahren wird zur Ausnahme. Dennoch bleibt es das Bezugsschema der Konjunkturforschung:

Wenn zwei Quartale in Folge das reale BIP stagniert oder sinkt, gehen die Konjunkturforscher von einer Rezession aus. Der Staat soll sich dann dem Abschwung entgegen stemmen, z.B. durch Investitionsanreize; Steuersenkungen; Erhöhung von Sozialleistungen (=Belebung des privaten Konsums).

In der Wirklichkeit hält sich das Wirtschaftswachstum im Zeitalter der Globalisierung immer weniger an den idealtypischen Verlauf der Konjunkturphasen. Dennoch beobachten die Wirtschaftsforscher nach wie vor zyklische Schwankungen der konjunkturellen Entwicklung, weil sie eine Schlüsselbedeutung für die Wohlstandsentwicklung und die Höhe der Arbeitslosigkeit besitzen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute unterscheiden hierbei in *Früh-, Präsenz/Basis-* und *Spätindikatoren* des Wachstums. In der Modellvorstellung geht der klassische Frühindikator (Bau- und Ausrüstungsinvestitionen; auch Auftragslage der Unternehmen; ferner Aktienindex und Zinsentwicklung) mit seiner Wachstumsrate im Auf und Ab einer Volkswirtschaft dem Präsenz- bzw. Basisindikator (vor allem „Produktion“, die unmittelbar eingeht in die Entstehungsrechnung der VGR: das reale BIP; auch als gleichlaufend werden häufig die Kapazitätsauslastung, die Lieferzeiten und die Einzelhandelsumsätze angesehen) drei bis sechs Monate voraus, während klassische Spätindikatoren (Preisniveau; Beschäftigung; Lohnentwicklung) der Konjunkturphase hinterher laufen.

Frühindikator der Konjunktur ist also vor allem die Investitionstätigkeit der Unternehmen, die von der Auftragsentwicklung abhängt. Die Investitionsneigung steigt, sobald die Unternehmen auf Grund ihrer Auftragslage mit Optimismus in die nähere Zukunft blicken. Das ist die einfache Botschaft, die seit langer Zeit der monatliche Geschäftsklimaindex des Münchner Ifo-Instituts verkündet. Er befragt monatlich 7.000 deutsche Unternehmen aus Groß- und Einzelhandel, Bauwirtschaft und Industrie nach ihren Geschäftsaussichten und ermittelt dadurch ein Stimmungsbarometer der deutschen Investoren (Frühindikator!).

Der Anteil des Sektor Staates am BIP (gemessen als Einnahmen aus Steuern, Sozialabgaben, Gebühren und Zöllen) ist in den letzten zehn Jahren in Deutschland gesunken und liegt bei unter 45 Prozent. Dennoch verfügen die

4 Es gibt auch langfristige Zyklen der Wirtschaftsentwicklung (Kondratieff-Zyklen) aufgrund von technologischen Basisimpulsen, die hier aber nicht betrachtet werden.

Gepr. Wirtschaftsfachwirt/in (IHK) 2018
Skript Dr. Hennes: VWL (Auszug)

öffentlichen Haushalte dadurch über einen großen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Nach der Großen Depression 1929-1933 entdeckten die Regierungen der westlichen Welt ihre Steuerungsmöglichkeiten: das Zeitalter des „Keynesianismus“ begann, benannt nach dem englischen Nationalökonom John Maynard Keynes. In einem Spätausläufer der Nachfragesteuerung durch den Staat beschrieb das deutsche Stabilitätsgesetz von 1967 das „*M a g i s c h e V i e r e c k*“ der Wirtschaftspolitik:

=> Geldwertstabilität + Vollbeschäftigung + angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum + außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Gradmesser für das Erreichen der vier Ziele sind der Preisindex für die Preisstabilität, die Außenbeitragsquote (Handelsbilanz in Verhältnis zum BIP) für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, die Arbeitslosenquote für die Vollbeschäftigung und die Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes für das Wirtschaftswachstum. Als angemessen gilt das Wirtschaftswachstum, wenn die Steigerungsrate des BIP über dem Wachstum des Produktionspotenzials liegt. Das Produktivitätswachstum der deutschen Volkswirtschaft liegt gegenwärtig bei 0,5 bis 1,0 % pro Jahr, so dass eine Steigerungsrate des realen BIP zwischen 1,5 und 2 % zu Beschäftigungseffekten führt (angemessenes Wirtschaftswachstum).

Das Wachstum beeinflusst insbesondere die Beschäftigung, bei der Vollbeschäftigung heute bei einer Arbeitslosenquote zwischen 3 und 4 % anzusetzen ist. Die Preisstabilität widerr lässt sich am Geldmengenziel der EZB orientieren (das gegenwärtig bei 2 % Wachstum der Geldmenge liegt). Ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht schließlich bezeichnet eine ausgeglichene Handelsbilanz (Außenbeitrag). Die Außenbeiträge der deutschen Volkswirtschaft sind seit dem Jahr 2000 enorm angewachsen, so dass die Exportstärke der deutschen Industrie zu einer wichtigen Grundlage des Wirtschaftswachstums geworden ist.

Tatsächlich ist ein Gleichgewicht aller vier Ziele bis heute nie erreicht worden. Dennoch haben manche Autoren trotz der fundamentalen Zielkonflikte zwischen den vier Zielen (z.B. widersprechen sich die Ziele des außenwirtschaftliches Gleichgewichtes und des Wirtschaftswachstums aus Sicht der exportorientierten deutschen Wirtschaft) den Ausbau des Vierecks zu einem „Magischen Sechseck“ gefordert:

Demnach soll die Wirtschaftspolitik zusätzlich die Ziele „gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung“ sowie „Umweltschutz“ anstreben. Eine liberale Gegenströmung gegen die Nachfragepolitik, in der der Staat die Volkswirtschaft zu steuern versucht, bevorzugt seit den 70er Jahren die Fokussierung der Wirtschaftspolitik auf das Ziel der Preisstabilität. Tatsächlich ist ein stabiler Geldwert unbestreitbar eine Grundlage für jeden wirtschaftlichen Fortschritt (siehe die Geldfunktionen). Und der Finanzsektor ist das Zentrum einer modernen Volkswirtschaft.

(Fortsetzung folgt)